



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Bild: DOM AG Sicherheitstechnik

AUSLESE

Diese Ausgabe wird gesponsert von der Firma

DOM AG Sicherheitstechnik

Breitenstrasse 11, 8852 Altendorf

Nr.	Datum	Sponsor			
376	26.10.2006	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz	390	24.01.2008	MIT Provider AG, Rebbergstrasse 20, 8832 Wollerau
377	23.11.2006	HELOG-HELISWISS AG, Helikopter-Transporte, Haltikon 32, 6403 Küsnacht a. Rigi	391	21.02.2008	Schwyzner Kantonalbank, 6431 Schwyz
378	21.12.2006	BDO Visura, Feldmoosstrasse 12, 8853 Lachen	392	20.03.2008	
379	25.01.2007	OBT AG, Rubiswilstrasse 14, 6431 Schwyz	393	24.04.2008	Balz Vogt AG, Bodenbeläge, Industriestrasse 1 – 15, 8855 Wangen
380	22.02.2007	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Büelgasse 6, 8855 Wangen	394	22.05.2008	
381	22.03.2007	A. TSCHÜMPERLIN AG, BAUSTOFFE, Oberneuhofstrasse 5, 6341 BAAR	395	26.06.2008	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, 8855 Wangen
382	26.04.2007	DOM AG Sicherheitstechnik, Breitenstrasse 11, 8852 Altendorf	396	22.07.2008	
383	24.05.2007	Axilion AG, Unternehmens- und Informatik-Beratung, 6431 Schwyz	397	20.08.2008	
384	21.06.2007	biberbau ag, 8836 Biberbrugg	398	23.09.2008	
385	23.08.2007	pensionskasse pro, 6430 Schwyz	399	21.10.2008	
386	20.09.2007	Wilhelm Schmidlin AG, Stahlbadewannen, 6414 Oberarth	400	20.11.2008	
387	25.10.2007	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz	401	18.12.2008	
388	22.11.2007	Maschinenbau BÜHLER AG, 6431 Schwyz	402	22.01.2009	
389	20.12.2007	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Notare, in 8808 Pfäffikon und 8002 Zürich	403	19.02.2009	
			404	26.03.2009	
			405	23.04.2009	
			406	28.05.2009	
			407	25.06.2009	
			408	23.07.2009	
			409	27.08.2009	

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur., Fürsprecher
Wehrli Rechtsanwälte
Bahnhofstrasse 4 / Postfach 762
6431 Schwyz
Tel. 041 818 80 92
Fax 041 811 80 81
info@h-i-sz.ch

Sekretariat Wirtschaftswochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia, Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 818 80 92
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:
Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz
BdU = Bote der Urschweiz
Cas = Cash
EiA = Einsiedler Anzeiger
Fac = Facts
FrS = Freier Schweizer
GeB = Schwyzner Gewerbe-Blatt
HöV = Höfner Volksblatt
MaA = March-Anzeiger
MHZ = March Höfe Zeitung
NLZ = Neue Luzerner Zeitung
NSZ = Neue Schwyzner Zeitung
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
RiP = Rigi Post
SHZ = Schweiz. Handelszeitung

Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz
SKB = Schwyzner Kantonalbank
StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz



Dr. Rudolf Moll
elmor

Chefsache Energieeffizienz

Die vergangenen Monate haben uns einprägsam vorgeführt, wie unsere Gesellschaft im Dreieck Energie, Umwelt und Politik gefangen ist. Es gilt, den Energiehunger einer wachsenden Bevölkerung, die grösstmögliche Schonung der Umwelt und wachsende Ansprüche an die Versorgungssicherheit unter einen Hut zu bringen.

An der Erneuerung bzw. der Erweiterung der Produktionskapazität kommt die Schweiz nicht vorbei. Neben dem «sanften Weg», dem weiteren Ausbau alternativer und regenerierbarer Energiequellen, muss zwingend auch der «harte Weg» weiter verfolgt werden. Es fliesst kein Ökostrom durch unsere Leitungen, wenn nicht gleichzeitig Grosskraftwerke die Netzstabilität garantieren. Und dank welcher Energiequelle die zukünftigen Hochleistungszüge durch den Gotthard donnern werden, dürfte auch klar sein. Auch die Politik mischt mit und bietet je nach Parteifarbe andere Rezepte an.

Wie soll sich der Einzelne in dieser Situation verhalten?
Zuerst braucht es die Einsicht, dass wir mit allen Gütern und Dienstleistungen Energie direkt oder indirekt konsumieren. Unsere Zivilisation kann diesem Sachzwang nicht entkommen. Aber sie kann anstreben, Versorgungsrisiken zu minimieren, Energieverluste zu verringern und klimaneutrale Energiequellen zu bevorzugen. Vieles lässt sich bereits mit wenig Aufwand im betrieblichen wie auch im privaten Umfeld optimieren. Jede eingesparte kWh muss nicht erzeugt werden!

Bei Neu- oder Ersatzinvestitionen sollte eine Diversifizierung

der Energieträger erfolgen, um einseitige Abhängigkeiten zu mildern. Vielfach wird Erdöl durch Erdgas ersetzt. Die Versorgungssicherheit wird dadurch zwar nicht wesentlich verbessert: man wechselt lediglich von einem Kartell zum andern. Ferner gewinnen nachwachsende Rohstoffe rasch an Bedeutung als Brenn- und Treibstoffe, vom Holzschnitzel bis zum Bio-Ethanol. Doch schafft die grossindustrielle Produktion dieser CO₂-neutralen Energieträger ebenfalls neue Probleme: das Auto des Reichen frisst das Brot der Armen!

Die aktive oder passive Nutzung der Solarenergie sowie die überdurchschnittliche Isolation können sehr attraktiv sein, was Minergiebauten beweisen. Die Kosten der solaren Warmwasserbereitung sind heute in der Regel konkurrenzfähig zu Elektrizität oder Öl, der Kostennachteil solarer Stromerzeugung wird dank immer besserer Kollektoren und tendenziell steigender Strompreise laufend geringer. Auch wenn diese Beiträge im Vergleich zu unserem Gesamtverbrauch sehr klein sein mögen: es sind Schritte in die richtige Richtung und noch wichtiger: es sind Schritte, die eine zunehmende Sensibilisierung und Verhaltensänderung der Energiekonsumenten bewirken.

Zur Deckung unseres zukünftigen Energiebedarfes sind somit alle Energieträger und alle geeigneten Technologien sinnvoll aufeinander abgestimmt zu nutzen.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Optimierung Ihrer eigenen Energiebilanz!

Dr. Rudolf Moll
elmor

Inhaltsverzeichnis

SZ	
Wirtschaftsmeldungen	4 – 5
Aktuell	
Keine Alternativen zum Teilmonopol der SUVA	7
Index	8
Themen CH	
Zufriedene Schweizer Erwerbstätige	9
Linke linkt KMU	10
Kommentar zum Zeitgeschehen	
Lösungen braucht die Schweiz, starre Fronten blockieren	11
Veranstaltungshinweis	12

Agglo Obersee wächst weiter

Die drei Gemeinden Freienbach, Rapperswil-Jona und Rüti haben 2003 zur Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit die «Agglo Obersee» gegründet. Nun sind mit Lachen, Altendorf, Wollerau, Feusisberg sowie Bubikon, Dürnten und Eschenbach sieben weitere Gemeinden beigetreten. Die Vergrößerung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bis Ende Jahr dem Bund ein Agglomerationsprogramm vorgelegt werden muss, wenn man entsprechende Bundesbeiträge erhalten will. Das Agglo-Modell ist auf die regionale Entwicklung in den Bereichen Siedlung, Verkehr, Bildung, Information und Kommunikation ausgerichtet.

Briten an Charles Vögele interessiert

Hedge Fonds haben nicht den besten Ruf. Sie sind am schnellen Geld interessiert, kaufen die Aktienmehrheit eines Unternehmens, weiden es finanziell aus und verkaufen es in Einzelteilen, so das gängige Urteil. Das Modeunternehmen Charles Vögele, Pfäffikon, ist ins Visier der britischen Laxey geraten. Mitte März wurde publik, dass die Laxey Partners Ltd einen Anteil von 5,08 Prozent am grössten Schweizer Bekleidungskonzern aufgebaut hat. Bei Vögele gibt man sich aber gelassen. Geschäftsführer Daniel Reinhard sieht das Interesse sogar positiv: Es zeige, «dass wir einen guten Job machen». Über die Absichten des Anteilseigners aus London ist in Pfäffikon nichts bekannt. Finanzanalysten prophezeihen aber einen aggressiven Übernahmekampf. Der Titel ist derzeit günstig zu haben, das Handelsvolumen hat in letzter Zeit deutlich angezogen. Dies deutet darauf hin, dass weitere Positionen aufgebaut würden. Die Fünf-Prozent-Beteiligung von Laxey sei deshalb wohl nicht das Ende der Fahnenstange.

Einsiedler Schanze kämpft gegen Konkurs

Der Nationalen Skisprungschanze Einsiedeln (NaSE) weht ein rauer Wind entgegen. Zurzeit fehlen noch 2,5 Mio. Franken zur Begleichung von offenen Handwerkerrechnungen. Können diese nicht bis Ende August aufgetrieben werden, wird der Konkurs angemeldet. Jetzt ist man gezielt auf der Suche nach neuen Sponsoren, denn die Konkursvariante will man unter allen Umständen vermeiden. Als erstes soll die Anlage in eine neue Trägerschaft (Auffanggesellschaft) überführt werden. Die Schadenersatzklagen gegen den Architekten und die Planer sind sistiert, da man bis Ende August alle Ressourcen allein für die Herbeiführung einer Sanierungslösung verwenden will. Der kostendeckende Betrieb könne nach einer allfälligen Sanierung garantiert werden, schreibt der Verwaltungsrat. Verwaltungsrat Helmuth Fuchs beklagt sich über die stiefmütterliche Behandlung der grossen Schanzenanlage im Klosterdorf. Andere Länder nähmen für solche Projekte zweistellige Millionenbeträge in die Hand. In der Schweiz seien zur Sanierung aber vor allem private Gönner gefordert.

Victorinox auf Alinghi dabei

Der 100prozentigen Victorinox-Tochter Wenger SA, Delemont, ist ein grosser Coup gelungen. In Zusammenarbeit mit der Crew des America's Cup hat sie ein Alinghi-Messer entwickelt, das bei der Verteidigung des America-Cups in Valencia an Bord dabei ist. Die Vorregatten beginnen am 23. Juni. Das Messer bietet ein Maximum an Funktionen, die für eine Regatta der Weltklasse von Bedeutung ist. Es enthält 18 Funktionen. Weil es beim Einsatz ständig in Kontakt mit dem Salzwasser kommen wird, ist ein spezieller Rostschutz angebracht worden. Die Wenger SA und die Alinghi-

Verantwortlichen haben einen entsprechenden Lieferantenvertrag unterzeichnet. Alle Crew-Mitglieder werden mit dem Werkzeug ausgestattet. Das Alinghi-Messer ist bereits auf dem Markt. Sein Preis liegt in der oberen Preisklasse. Der Vertrieb des Alinghi-Messers läuft über Wenger, die in über 100 Ländern vertreten ist.

Spitzen-Note für Riviera-Linie

Die Auto AG Schwyz hat in einer Kundenerhebung in der Agglomeration Luzern mit ihrer Riviera-Linie (Küssnacht – Weggis – Vitznau – Brunnen – Schwyz) von allen ÖV-Betrieben am besten abgeschlossen. Mit 79 von 100 möglichen Punkten liegt die Auto AG deutlich vor der Gesamtzufriedenheit mit dem öffentlichen Verkehr in der Region Luzern, die auf 74 Punkte kam. Befragt wurden 2600 Fahrgäste. Damit hat die Erhebung repräsentativen Charakter. Betriebleiter Urs Schelbert von der Auto AG Schwyz sieht damit die Anstrengungen zur Qualitätssteigerung bestätigt. Er spricht damit die neuen Niederflurfahrzeuge, den verbesserten Fahrkomfort, die kundenfreundlichen Haltestellen und die hohe Netzqualität an. Auch die Frequenzen stimmen: Bereits 2005 verzeichnete man enorme 1,8 Mio. Passagiere auf dieser Linie, 2006 konnte nochmals um markante 12,5 Prozent auf über zwei Millionen Buspassagiere zugelegt werden.

Kühne + Nagel mit Quantensprung

Der Schindelleger Logistikkonzern Kühne + Nagel blickt auf ein glänzendes Geschäftsjahr zurück. Dank der Integration der ACR-Gruppe, aber auch dank organischem Wachstum, stieg der Reingewinn 2006 um 46 Prozent auf 458 Mio. Franken. Verwaltungsratspräsident und Mehrheitsaktionär Klaus-Michael Kühne sprach an der Bilanzpressekonferenz vom 12. März in Zürich von einem «Quantensprung». Der Umsatz stieg um 30 Prozent auf 18,2 Mrd. Franken, der Rohertrag um 90 Prozent auf 5,3 Mrd. Franken. Diese Steigerung führt Kühne zu 70 Prozent auf Akquisitionen, zu 16,5 Prozent auf eigenes Wachstum und zu 3,5 Prozent auf Währungseffekte zurück. Nebst der Integration der französischen ACR-Gruppe fiel das Wachstum in der See- und Luftfracht überdurchschnittlich aus. Bei der Seefracht ist K+N Weltmarktführer (Umsatzplus von elf Prozent auf 8,3 Mrd. Franken). In der Luftfracht resultierte ein Plus von zehn Prozent auf 3,4 Mrd. Franken. Zudem wurde die strategische Expansion des Landverkehrs fortgesetzt. Die Zukunft sieht Konzernleiter Klaus Herms positiv. Das hochgesteckte Ziel ist, doppelt so schnell zu wachsen wie die Konkurrenz.

Wirte melden bessere Umsätze

Seit einigen Monaten beobachtet der Schwyzer Wirteverband GastroSchwyz leicht steigende Umsätze in der Branche der Gastronomie. Er stützt sich dabei auf Umfragen, die im Januar durchgeführt wurden. Konkret melden die Hälfte der Schwyzer Wirte mehr Einnahmen, ein Viertel berichtet über rückläufige. Die Rede ist von einem Wachstum von 3,5 Prozent. Die Ertragslage habe sich spürbar verbessert, hält GastroSchwyz-Präsident Willy Benz in seinem Jahresbericht fest, wenn auch immer noch auf tiefem Niveau. Dabei wirkt immer noch die Einführung der 0,5-Promille-Grenze nach.

Kloster trocknet neu mit Dampf

Das Benediktinerkloster Einsiedeln zeigt sich unvermindert von seiner innovativen Seite: Im Holzhof steht die erste Heisstrock-

nungsanlage der Schweiz. Damit kann Holz schneller und mit weniger Energie getrocknet werden. Allerdings eignen sich nicht alle Hölzer gleich gut für diese neuartige Trocknungsart. Am wirkungsvollsten ist sie bei Fichte, am wenigsten bei allen hellfarbigen Hölzern, weil sich durch die Temperatur von 75 Grad die Hölzer leicht verfärben. Die Trocknungszeit kann gegenüber der konventionellen Anlage, die mit heisser Luft trocknet, um die Hälfte reduziert werden. Weil dadurch auch Energie gespart wird, ist die Anlage auch aus ökologischer Sicht sinnvoll. Zudem steht die neue Anlage direkt neben der Holzschnitzelheizung, welche die Wärme für das ganze Klosterareal erzeugt. Obwohl sie zirka 20 bis 25 Prozent mehr kostet als herkömmliche Anlagen, bezeichnet sie Statthalter Pater Lorenz als eine gute Investition. Sie soll sich in zehn Jahren amortisieren.

March wird von Anschluss Wangen-Ost profitieren

Die Region March erwartet in den kommenden Jahrzehnten ein markantes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Die Regierung teilt in einer Antwort auf eine kantonsrätliche Interpellation diese Einschätzung und befürwortet grundsätzlich einen Autobahnanschluss Wangen-Ost. Bis 2040 wird mit einem Verkehrsaufkommen von 20 000 Fahrzeugen gerechnet. Bereits heute sind Kapazitätsengpässe auszumachen, schwergewichtig auf den Ortsdurchfahrten Galgenen und Siebten. «Ohne die Realisierung des Anschlusses Wangen-Ost müsste eine Reduktion der potentiellen Siedlungsgebiete in Erwägung gezogen werden», legt der Regierungsrat dar. Die in den regionalen Richtplangergänzungen vorgesehenen Bauzonenerweiterungen seien auf das Erstellen eines neuen Autobahnanschlusses angewiesen. Modelluntersuchungen zeigen, dass mit der neu zu bauenden Verbindung zwischen dem Gebiet Holeneich, Tuggen und Feldhof verkehrstechnisch die beste Wirkung erzielt werden könnte. Es wird mit einem Landbedarf von rund vier Hektaren gerechnet, zuzüglich der Böschungflächen wird von acht Hektaren ausgegangen. Derzeit ist das kantonale Tiefbauamt an der Erarbeitung der Zweckmässigkeitsprüfung. Ist die Zweckmässigkeit gegeben, kann ein generelles Projekt ausgearbeitet werden, das dann öffentlich aufgelegt wird. Danach folgen die Detailprojektierung und die Realisierung.

Kanton mit Gewinn statt Defizit

Budgetiert war ein Defizit von 66 Mio. Franken, herausgekommen ist in der Staatsrechnung 2006 des Kantons Schwyz ein Überschuss von knapp sechs Mio. Franken. Finanzdirektor Georg Hess führt dieses erfreuliche Ergebnis auf die gute Wirtschaftslage und die daraus resultierenden hohen Steuererträge zurück. Mit dem Ergebnis konnte das Eigenkapital des Kantons auf 530 Mio. Franken gesteigert werden, was einem Guthaben von 3825 Franken pro Einwohner entspricht. Trotzdem dürfte es kaum zu einer Steuerreduktion kommen, denn der Kanton wird durch den Neuen Finanzausgleich (NFA) und den interkantonalen Lastenausgleich ab 2008 mit jährlich rund 40 Mio. Franken mehr belastet. Somit dürfte die gute Staatsrechnung 2006 dazu beitragen, dass die Steuern per 2008 nicht – wie ursprünglich beabsichtigt – erhöht werden müssen.

Spielkasino Zürichsee: Grösstes Wachstum der Schweiz

Sämtliche Kennzahlen des Casinos Zürichsee zeigten 2006 steil nach oben: Der Bruttoertrag stieg um über 20 Prozent auf 41,7 Mio. Franken (2005: 34,7 Mio. Franken). Damit verzeichnete

die Pfäffiker Spielbank das grösste Wachstum aller Schweizer Casinos. Die Gästezahl stieg um 5,4 Prozent auf 622 Eintritte pro Tag. Als eines der wenigen Schweizer Casinos stieg in Pfäffikon sowohl der Ertrag aus dem Automatenbereich (+ 4,9 auf 29,9 Mio.) als auch aus dem Tischspiel (+ 2,2 Prozent auf 11,8 Mio. Franken). Die Gesamtbranche verzeichnet am Tischspiel eine Stagnation. Damit ist Pfäffikon das stärkste B-Casino der Deutschschweiz. Dank des markanten Anstiegs des Spielertrags und ausgeprägter Ausgabendisziplin konnte der Jahresgewinn vor Steuern von 4,7 auf 7,65 Mio. Franken deutlich erhöht werden. Die Spielbankabgabe an den Bund betrug im letzten Jahr 19,2 Mio. Franken, wovon gemäss Gesetz 40 Prozent (7,6 Mio.) an den Kanton Schwyz fliesen. Zusätzlich wurden weitere 1,2 Mio. Franken Ertragssteuern bezahlt.

Fürstenbank steigert Reingewinn um 25 Prozent

Die Liechtensteiner Fürstenbank, die LGT Group Schweiz mit Sitz in Pfäffikon, steigerte 2006 ihren Reingewinn um 25 Prozent auf 180 Mio. Franken. Der Bruttoertrag erhöhte sich um 22 Prozent auf 726 Mio. Franken. Am meisten Einnahmen verbuchte das Geldinstitut aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft. Ende 2006 betreute das liechtensteinische Finanzinstitut 88 Mrd. Franken an Kundenvermögen, was einer Zunahme von 11 Mrd. Franken entspricht.

Weniger Arbeitslose

Ende März waren im Kanton Schwyz 1166 Arbeitslose registriert. Dies entspricht einer Abnahme um satte 10 Prozent gegenüber dem Februar. Die Quote gemessen an der arbeitenden Bevölkerung nahm damit um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent ab (CH-Wert: 3,0 Prozent). Im März des Vorjahres waren es noch 1562 Arbeitslose. Damit ist die Arbeitslosenquote auf dem tiefsten Stand seit fast viereinhalb Jahren. Die Zahl der bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV Goldau und Lachen) eingeschriebenen Stellensuchenden beträgt 1988 Personen, 193 weniger als im Vormonat und sogar 602 weniger als vor Jahresfrist. Einzig im Bezirk Einsiedeln musste eine kleine Zunahme von zwei auf 97 Personen verzeichnet werden. Unter dem kantonalen Mittel bewegen sich die Bezirke Gersau und Schwyz (je 1,3 Prozent) sowie Einsiedeln (1,4 Prozent). Die Höfe (1,7 Prozent), Küsnacht (1,8 Prozent) und die March (zwei Prozent) liegen darüber. Der Bestand der Langzeitarbeitslosen (Personen, die über ein Jahr lang arbeitslos sind) verharrte auf dem Stand des Vormonats (166). Die am stärksten betroffene Berufsgruppe ist der Handel, gefolgt von «Planung, Beratung, Informatik» und dem Gastgewerbe. Es folgen das Baugewerbe und die übrigen Dienstleistungen.

Qualifizierte Handwerker gefragt

Die Nachfrage für qualifiziertes Fachpersonal ist grösser als das Angebot. Das bestätigen sowohl die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) als auch die privaten Personalvermittler. Um Personal zu finden, setzen die einen auf verstärktes Inserieren der gesuchten Qualifikationen in den Medien, andere nutzen die Möglichkeit, im Ausland Arbeitskräfte zu mobilisieren. Vor allem Fachkräfte aus deutschsprachigen Ländern sind gefragt. Aufgrund der grossen Nachfrage kommt es auch zu Abwerbungen zwischen den nachfragenden Unternehmen. Mit Blick auf die Sommermonate erwarten die Vermittler insbesondere von Temporärstellen eine weiter zunehmende Nachfrage.

DIE NEUE FLEXIBILITÄT

DOM Protector®

Innovative Vielfalt, die
neue Perspektiven schafft.

Mit DOM Protector® sind Schließsysteme konsequent auf Zukunft programmiert. Er lässt sich unter anderem in bestehende Video-, Abrechnungs- oder Zeiterfassungssysteme optimal integrieren und überzeugt als Gesamtlösung, die auf eventuelle Gebäudenutzungsänderungen vorbereitet ist. Ein noch nie dagewesener Modul- und Variantenreichtum, Komfort, Installation ohne Verkabelung, in attraktivem Design und DOM-typischer Top-Qualität:

DOM Protector® – eine Dimension weiter!



Neu



SICHERHEITSTECHNIK

SICHERHEIT, QUALITÄT, DOM.

www.dom-protector.com

Keine Alternativen zum Teilmonopol der SUVA

Die Voraussetzungen für eine Liberalisierung des Unfallversicherungs-Marktes und einer Privatisierung der SUVA scheinen im heutigen Zeitpunkt nicht gegeben. Nichtsdestotrotz hätte die Frage es verdient, diskutiert zu werden.

Organisationen aus Politik und Wirtschaft waren eingeladen, sich bis Mitte März zur Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) zu äussern. Die Vorlage sieht einerseits Anpassungen «an die Erfordernisse einer modernen Sozialversicherung» vor, andererseits will sie die Organisation der SUVA revidieren.

Die einzelnen technischen Anpassungen geben kaum Anlass zu Diskussionen, und die Vorlage zielt als Ganzes in die richtige Richtung. Allerdings hinterlässt die Tatsache, dass die Vernehmlassung grundlegende politische Fragen zur künftigen Entwicklung der Unfallversicherung beiseite gelassen hat, eine gewisse Frustration.

Markttöffnung ist wünschenswert

So wäre eine Diskussion über das Teilmonopol der SUVA durchaus angebracht gewesen. Diese öffentlich-rechtliche Anstalt versichert heute von Gesetzes wegen sämtliche Arbeitnehmer gewisser Betriebe. Vor allem im Industriesektor tätige Unternehmen, Betriebe mit erhöhten Unfallrisiken und die öffentliche Verwaltung müssen ihre Arbeitnehmer zwingend bei der SUVA versichern. Daneben existieren rund 30 weitere private oder öffentliche Versicherungsgesellschaften, die sich den Markt der nicht obligatorisch der SUVA angeschlossenen Betriebe teilen.

Die SUVA geniesst keinen schlechten Ruf; alles deutet darauf hin, dass sie ihre Aufgabe seriös und

effizient erfüllt. Allerdings klagen einige unfreiwillig der SUVA unterstellter Betriebe über die hohen Prämien. Im Vernehmlassungsverfahren wurden denn auch Stimmen laut, die eine Liberalisierung des Unfallversicherungs-Marktes verlangten. Grundsätzlich erscheint eine solche Öffnung durchaus wünschenswert: Die industriellen Fabrikationsprozesse wurden sicherer, und der allenfalls erhöhte Schutzbedarf könnte auch im Rahmen privater Unfallversicherungen geregelt werden.

Aufgrund der heutigen Ausgangslage scheinen eine Marktliberalisierung und eine Privatisierung der SUVA schwierig. Die Privatversicherer reissen sich nicht um den «SUVA-Sektor», der sie unter Umständen noch teuer zu stehen kommen könnte. Die zur Verfügung stehenden Beurteilungselemente reichen nicht aus, die Frage abschliessend zu beantworten. Umso bedauerlicher ist es, dass die laufende Gesetzesrevision das Thema umschiffet und auf eine Analyse der Situation verzichtet.

Ausweitung der Aufgabebereiche verhindern

Auch wenn es heute nicht möglich ist, das Monopol anzugreifen, so muss doch darauf geachtet werden, dass es nicht noch weiter ausgedehnt wird. Unter diesem Aspekt ist die vorgesehene Regelung für gewisse Verkaufsbetriebe, die ihre Produkte nicht selber produzieren, unbefriedigend, weil durch die un-

scharfe Abgrenzung eine Grauzone geschaffen wird. Besser wäre eine strikte Auslegung des Begriffs der Haupttätigkeit. Wichtig ist auch, dass die Möglichkeit interessierter Organisationen aufrechterhalten bleibt, über die Aufstellung der Prämientarife und deren Gliederung in Klassen und Stufen angehört zu werden. Schliesslich wäre es wünschenswert, der öffentlichen Verwaltung die freie Wahl des Versicherers einzuräumen, zumindest für diejenigen Verwaltungsbetriebe, in denen die meisten Arbeitnehmer keiner der ansonsten SUVA-unterstellten Tätigkeiten nachgehen.

An dieser Stelle sei noch darauf hingewiesen, dass der Bundesrat der SUVA unter anderem auch erlauben will, im Bereich der Vermögensverwaltung sowie des Aktiven- und Passivenmanagements für öffentlich-rechtliche Institutionen und private Vorsorgeeinrichtungen tätig zu sein. Eine solche Entwicklung ist klar inakzeptabel. Das notwendige Übel des Teilmonopols in der Unfallversicherung bildet noch lange keinen Grund, der SUVA Nebentätigkeiten zuzugestehen, die mit ihrem Hauptauftrag in keinerlei Zusammenhang stehen, und sie damit die Privatversicherer konkurrieren zu lassen.

centre patronal

Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,2	101,6	101,8	102,2	101,9	101,6	102,1	102,3	102,9	103,0	102,6	102,7
2006	102,9	103,3	103,4	104,2	104,8	104,8	105,0	105,5	105,5	105,4	105,4	105,4
2007	105,2	105,5	105,9									
*	+2,2%	+2,2%	+2,4%	+1,9%	+2,8%	+3,1%	+2,9%	+3,1%	+2,5%	+2,4%	+2,8%	+2,6%

Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,3	101,6	101,7	102,0	100,8	101,7	101,9	102,1	102,6	102,7	102,7	102,7
2006	102,8	103,1	103,2	103,9	104,2	104,4	104,5	104,7	104,7	104,8	104,8	104,8
2007	104,6	105,2	105,4									

Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	100,9	101,5	102,1	102,6	102,2	101,4	102,4	102,7	103,5	103,5	102,3	102,6
2006	103,1	103,5	103,7	104,7	106,0	105,7	106,0	106,9	107,0	106,7	106,5	106,5
2007	106,3	106,2	106,8									

Konsumentenpreise (Basis Mai 2000 = 100)

Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	103,7	103,9	104,2	105,0	104,9	104,7	104,1	104,3	104,7	105,7	105,4	105,2
2006	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9
2007	105,2	105,4	105,4									
*	+0,1%	+0,0%	+0,2%	+1,1%	+1,4%	+1,6%	+1,4%	+1,5%	+0,8%	+0,3%	+0,5%	+0,6%

Gewichtung in %	2005		2006												2007		
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März

Monatsindex (Mai 2000 = 100)

		Totalindex	100	105,4	105,2	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9	105,2	105,4	105,4
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,998	103,8	103,8	104,7	105,4	104,9	104,8	104,9	105,4	105,1	105,4	106,5	105,0	104,5	104,5	105,5	105,4	104,8	
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,962	115,7	115,5	115,5	115,5	115,7	115,7	115,7	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,9	115,9	115,9	115,9	115,9	117,6
	Bekleidung und Schuhe	4,259	96,7	96,7	84,1	84,1	84,1	98,9	98,9	98,9	82,3	82,3	82,3	98,6	98,6	98,6	81,0	81,0	81,0	81,0
	Wohnen und Energie	25,175	110,0	109,8	109,9	110,8	110,8	111,2	111,6	111,4	111,8	112,1	111,7	111,6	111,8	111,8	111,1	111,1	112,2	112,3
	Hausrat und laufende Haushaltung	4,335	101,5	101,2	101,2	101,2	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,4	101,4	101,4	102,0	102,0	102,0	102,0	101,9
	Gesundheitspflege	16,719	103,3	103,3	103,7	103,7	103,7	103,8	103,8	103,8	103,2	103,2	103,2	103,1	103,1	103,1	103,2	103,2	103,2	103,2
	Verkehr	10,286	107,8	107,1	107,8	108,0	107,4	108,9	109,9	109,7	110,7	111,5	109,6	107,8	107,4	107,3	107,4	106,9	108,1	
	Nachrichtenübermittlung	2,636	86,7	86,6	86,6	86,6	86,5	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,7	84,7	84,7	84,3	
	Freizeit und Kultur	9,242	99,5	99,9	99,8	99,8	99,6	99,6	99,4	99,4	99,4	99,4	99,0	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,9	
	Erziehung und Unterricht	0,663	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	110,2	110,2	110,2	110,4	110,4	110,4	110,4	
	Restaurants und Hotels	9,009	108,8	108,8	110,1	110,1	110,1	110,2	110,2	110,2	110,1	110,1	110,1	109,7	109,7	109,7	111,8	111,8	111,8	
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,716	108,3	108,3	108,9	109,2	109,2	109,2	109,3	109,3	109,3	109,3	109,1	109,1	109,1	109,1	109,1	108,6	109,1	109,1
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	73,372	105,8	105,8	106,2	106,5	106,5	106,5	106,7	106,7	106,6	106,7	106,8	106,7	106,8	106,8	106,8	107,1	107,4	107,4
	Auslandgüter	26,628	104,1	106,6	101,9	102,3	101,8	104,9	105,4	105,2	102,8	103,2	102,0	103,7	103,2	103,2	99,9	99,9	100,2	
	Waren	43,702	103,4	103,1	102,2	102,5	102,3	104,2	104,5	104,4	102,6	102,8	102,3	103,2	102,8	102,8	100,8	100,8	100,9	
	Dienstleistungen	56,298	106,9	106,9	107,3	107,6	107,6	107,7	107,8	107,9	108,0	108,1	108,2	108,0	108,3	108,3	108,6	109,0	109,0	

* Veränderungen gegenüber Vorjahr

Die neuesten Zahlen der Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit ab Tonband 0900 55 66 55 und Telex 129.

Zufriedene Schweizer Erwerbstätige

cp. Die Schweizer sind zufriedene Arbeitnehmer. So das erfreuliche Fazit einer Erhebung über die Arbeitsbedingungen in 31 europäischen Ländern, an der die Schweiz 2005 zum ersten Mal teilgenommen hat. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat die Resultate kürzlich in seinem Magazin «Die Volkswirtschaft» publiziert und kommentiert.

91 % der gut tausend befragten Personen gaben an, mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Damit erreicht die Schweiz hinter Dänemark, Norwegen und Grossbritannien mit einem Mittel von 93 % den vierten Rang. Der europäische Durchschnitt liegt bei 80 %. Das Verhältnis zwischen Beruf und Privatleben ist für 88 % der Schweizer Erwerbstätigen ausgewogen (für 78 % im europäischen Vergleich); Beschäftigungsgrad, Alter oder Geschlecht beeinflussen diese Einschätzung kaum.

Die Studie zeigt auch, dass die meisten Arbeitnehmer über genügend Freiraum in ihrer Arbeitsgestaltung verfügen. Die Mehrheit gibt an, die Reihenfolge der Arbeit (71 %), das Vorgehen der Erledigung (81 %) und den Arbeitsrhythmus (73 %) bestimmen, respektive ändern, zu können. Schliesslich kann fast die Hälfte der Befragten (48 %) ihre Arbeitszeit entweder völlig selbst bestimmen oder zumindest innerhalb eines Rahmens selber anpassen. Entsprechende

Resultate finden sich auch in Bezug auf Partizipation an Arbeitsabläufen im Unternehmen und Teamarbeit. Damit befindet sich die Schweiz im Spitzenfeld derjenigen europäischen Staaten, in denen die Fähigkeiten und Qualifikationen der Arbeitnehmer am meisten genutzt werden.

Die Studie thematisiert diverse weitere Punkte. So geben 45 % der Schweizer Erwerbstätigen an, sich in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung beruflich weitergebildet zu haben (25 % im europäischen Mittel). 4 %, vor allem Junge unter 24 Jahren, sagen aus, aufgrund des Alters während der Arbeit benachteiligt zu sein. Die Kommentatoren der Studie finden es überdies bedauerlich, dass viele Frauen auf eine berufliche Karriere verzichten und in Teilzeitpensen arbeiten, was dazu führt, dass «nur» 20 % der Befragten eine Frau als direkte Vorgesetzte haben.

Nicht unbeachtlich ist der Anteil von 31 %, der sich durch die Arbeit in seiner Gesundheit beeinträchtigt fühlt; obwohl die Schweiz auch hier zu denjenigen Ländern mit den besten Arbeitsbedingungen gehört. Physische Beeinträchtigungen wie Rücken- oder Muskelschmerzen in der Land- und Forstwirtschaft, der Industrie oder der Baubranche dürfen nicht unterschätzt und die bereits getätigten Anstrengungen zum Schutz der Arbeitnehmer müssen weitergeführt werden.

Linke linkt KMU

cp. Mit dem Slogan «keine Steuergeschenke für Grossaktionäre» sammelt die Linke seit einer Woche Unterschriften gegen die Unternehmenssteuerreform II, die auf die Bedürfnisse der KMU zugeschnitten ist. Auf der Suche nach Propaganda-Argumenten greifen die Referendumsführer tief in die Platitudekiste des Parteiprogramms. Da wird mit unfairen, unsozialen Kapitalisten, die sich in verfassungswidriger Weise an Steuergeschenken bereichern, ein nicht existierender Klassenkampf heraufbeschworen.

Im Zentrum der Referendums-Kritik stehen die Massnahmen zur Milderung (nicht Abschaffung!) der wirtschaftlichen Doppelbelastung, die aufgrund der Besteuerung desselben Substrats auf zwei verschiedenen Stufen (Unternehmen und Aktionär) entsteht. Die von der Linken propagierten «Grossaktionäre» sind vor allem KMU-Inhaber, die sich täglich finanziell und persönlich für den Erfolg ihres Betriebs engagieren und dabei regelmässig ein nicht zu vernachlässigendes Risiko eingehen, ihren Lohn, genau wie ihre Angestellten, zu 100% versteuern und darauf Sozialabgaben entrichten. Von einem «Geschenk» zu sprechen, scheint zumindest verwegen.

Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung ist ein internationales Anliegen. Zahl-

reiche Ländern sehen sie in markanter Weise vor oder verzichten gar ganz auf eine Dividendenbesteuerung. Diese Entlastung ist eine wichtige Massnahme zur Erhöhung der Standortattraktivität und damit für Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. So profitieren schliesslich alle von einem attraktiven Steuersystem.

Daneben prangert die Linke an, die Reform setze dem interkantonalen Steuerwettbewerb keine Grenzen und sie verletze die Bundesverfassung, da sie das Gleichbehandlungsgebot und den Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit missachte. Die letzte Behauptung wurde durch Gutachten, die das Eidgenössische Finanzdepartement in Auftrag geben hat, widerlegt. Nicht jede unterschiedliche Behandlung ist zwingend eine verfassungswidrige Rechtsungleichheit. Das Gleichbehandlungsgebot verlangt die gleiche Behandlung von gleichen Sachverhalten. Die unterschiedliche Behandlung von Dividenden und anderen Einkommensquellen stützt sich auf sachliche und objektive Grundlagen und ist daher verfassungsrechtlich zulässig. Zum Steuerwettbewerb blässt sich sagen, dass die Verfassung den Kantonen Steuerhoheit einräumt. Der Bund hat sich demnach nicht in diesen Wettbewerb der Kantone einzumischen.

Lösungen braucht die Schweiz, starre Fronten blockieren

Die Schweiz hat in der Legislatur 2003/2007 einige wichtige Schritte nach vorne gemacht. So wurde der bilaterale Weg, Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Wiederaufschwunges, gefestigt und vom Volk bestätigt. Das Steuerrecht wurde reformiert: es macht selbständiges Wirtschaften wieder attraktiver und die Steuerstrafe für Ehepaare ist zum grossen Teil endlich beseitigt. Der Strommarkt wurde geregelt, nachdem das Volk die erste Lösung abgelehnt hatte. Die laufende Bundesrechnung haben wir in Kraftakten mit drei Sparpaketen saniert. Ein wichtiger Schritt, auch wenn die Schulden noch nicht abgetragen sind! Der neue Schweizer Finanzausgleich steht, die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen ist neu geordnet.

Die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft sind gut. Nachdem uns das EWR-Nein in den 90er-Jahren blockiert hatte und unser Wirtschaftswachstum das schwächste in Mitteleuropa war, sind wir wieder an die Spitze vorgerückt. 2,6 Prozent Zuwachs im vergangenen Jahr und mindestens soviel heuer sind hervorragend

Doch im wichtigen Bereich der Sozialversicherungen haben wir eine Legislatur verloren! Innert weniger Jahre haben unsere Sozialwerke über 15 Milliarden Schulden aufgebaut – die kommenden AHV-Defizite noch nicht eingerechnet. Wir zahlen Leistungen auf Kosten unserer Kinder! Wir verteilen grosszügig zu Lasten der nächsten Generation! Eine Langzeitbombe – auch für die Wirtschaft. Denn jemand wird ja bezahlen müssen ... Die Invalidenversicherung hat ihre Schuld beim AHV-Fonds ungehemmt auf 10 Mil-

liarden Franken ausgebaut, die laufenden Defizite erhöhen sie jedes Jahr um über eine Milliarde. Das Volk mochte der 11. AHV-Revision und der Sicherung der AHV- und IV-Finanzierung nicht zustimmen – zu zerstritten zeigten sich die Parteien vor der Abstimmung. Spätestens 2011 wird auch die AHV-Rechnung rot sein. Die Arbeitslosenversicherung hat fast unbemerkt von der Öffentlichkeit im Schatten der IV eine Schuld von 5 Milliarden Franken angehäuft. Der Bundesrat wird gegen Ende dieses Jahres Massnahmen vorschlagen müssen – anderes als ein Mix zwischen Beitragserhöhungen und Leistungsabbau ist politisch nicht realistisch.

In der Krankenversicherung ist es nicht besser. Die zweijährige Vorarbeit hat der Nationalrat kurz nach seiner Wahl im Dezember 2003 rundweg abgelehnt und vernichtet. Seither üben wir uns in mühseliger Kleinarbeit in punktuellen Verbesserungen.

Was sind die Gründe, dass wir die laufende Bundesrechnung in den Griff bekamen und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen setzten, in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen aber nicht vorkommen? Dem Erfolg und dem Scheitern liegt das gleiche Muster zugrunde: Wo sich die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP einig werden, finden sie im Bundeshaus und im Volk eine gute Mehrheit. Wo eine von Ihnen ausschert, kommt der Misserfolg. Entweder schon im Bundeshaus, spätestens aber in der Volksabstimmung. So geschehen in der AHV-Revision, so geschehen in der Finanzierung von AHV- und IV. So auch wiederholt geschehen für die Neuorganisation der Armee

und ihre Rüstung. Immer lehnten Sozialdemokraten und SVP im Nationalrat gemeinsam ab, wenn sie nicht alles erreichten, was sie angestrebt hatten.

Doch die Schweiz ist zum Kompromiss verdammt! Alle wichtigen Kräfte sind in die Regierung eingebunden. Das Spiel von Regierung gegen Opposition hat keinen Platz. Wer in der Regierung sitzt, darf nicht gleichzeitig Opposition spielen. Auch wenn es in den Medien attraktiv ist und Schlagzeilen bringt. Das verlangt, dass alle Parteien im Bundeshaus bereit sind, gemeinsame Lösungen zu finden. Wer den eigenen Standpunkt höher stellt als die Bedürfnisse der Schweiz, verhindert Lösungen. Die Zeche bezahlen – siehe Sozialwerke – unsere Kinder.

Die Tourenzahl der Wahlmotive 2007 steigt. Aufgabe der Wählerinnen und Wähler ist es, Kandidaten auszuwählen, die nicht nur Positionen erarbeiten, sondern aus diesen Positionen heraus auch gemeinsame Lösungen finden. Zu Gunsten unseres Landes und der nächsten Generationen!

Ständerat Bruno Frick

Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am Mittwoch, 4. Juli 2007, ab ca. 15.30 bis 21.30 Uhr lädt der H+I seine Mitglieder zum Gesellschaftsanlass ein, anlässlich welchem die Leuchtenfabrik TULUX besichtigt wird.

Die Veranstaltung findet bei der Firma TULUX in Tuggen statt; wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.